

Ukraine: Bundesregierung muss die humanitäre Verantwortung für geflüchtete Menschen sicherstellen

Die Bundesweite Arbeitsgemeinschaft der Psychosozialen Zentren für Flüchtlinge und Folteropfer (BAFF) erwartet angesichts des Kriegs in der Ukraine durch Russland in den nächsten Wochen eine sehr große Anzahl an Geflüchteten, die ihre Heimat verlassen müssen und Schutz in den Nachbarländern, aber auch in Deutschland suchen werden.

Der Geschäftsführende Leiter der BAFF, **Lukas Welz**, fordert die Bundesregierung auf, unverzüglich Maßnahmen zur Unterbringung, aber auch die psychosoziale Begleitung der Menschen sicherzustellen. Deutschland sei bisher nicht ausreichend auf die Situation vorbereitet.

„Unsere Gedanken und unsere Solidarität sind in diesen Stunden bei den Menschen in der Ukraine, die mit massiver Gewalt dieses Angriffskrieges Russlands konfrontiert sind und um ihr Leben fürchten müssen. Viele tausende Menschen werden in der Europäischen Union Schutz suchen. Deutschland muss seiner humanitären und historischen Verantwortung für die Ukraine gerecht werden und den Menschen beistehen:

Viele benötigen angesichts der schweren Traumatisierungen durch erlebte Gewalt, Flucht und Verluste dringend psychosoziale Begleitung, da sich sonst psychische Erkrankungen wie posttraumatische Belastungsstörungen, Depressionen und Angstzustände chronifizieren können.

Diese Begleitung kann von den spezialisierten Psychosozialen Zentren für Überlebende von Krieg, Folter und Flucht in Deutschland gewährleistet werden, die selbst aber unterfinanziert sind und schon jetzt nicht alle Menschen mit Bedarf versorgen können. Dies zeigte sich zuletzt nach der Machtübernahme der Taliban in Afghanistan im August 2021. **Die Psychosozialen Zentren werden versuchen jedem zu helfen, der Hilfe benötigt. Dafür brauchen wir die notwendige Unterstützung, um helfen zu können.“**

Die BAFF fordert daher von der Bundesregierung:

- eine schnelle und unbürokratische Finanzierung der Psychosozialen Zentren in Deutschland zur Bewältigung der zu erwartenden zusätzlichen Bedarfe in der sich abzeichnenden humanitären Krise;
- Unterstützung für zivilgesellschaftliche Initiativen vor Ort, da häufig auch die ungeschulten Helfer*innen mit der Arbeit mit Traumatisierten überfordert sein können;
- Schaffung eines gesetzlichen Anspruchs auf Sprachmittlung in der psychosozialen Arbeit mit geflüchteten Menschen.

Seit 2020 engagiert sich die BAFF zudem direkt in der Region und baut Unterstützungsnetzwerk für die psychosoziale, medizinische und rechtliche Hilfe für Gesundheitsfachkräfte und Menschenrechtsaktivisten aus Belarus, Russland, Armenien, Aserbaidschan, der Ukraine und Deutschland auf.

„Unsere Gedanken sind auch bei unseren Partnerinnen und Partnern in der Ukraine, die wir im Rahmen der europäischen Vernetzung und Unterstützung in den vergangenen Jahren kennen gelernt und die sich vor Ort für die psychosoziale Versorgung marginalisierter Gruppen und geflüchteter Menschen eingesetzt haben. Über das Menschenmögliche hinaus übernehmen sie zusätzlich Verantwortung für

diejenigen, denen sie psychosoziale Unterstützung geboten haben, darunter vor allem marginalisierte Gruppen, politisch Verfolgte, Binnenvertriebene oder geflüchtete Menschen,“ so Welz weiter.

Interviews

Lukas Welz, Geschäftsführer der BAfF, steht für Interviews und Statements gerne zur Verfügung. Wenden Sie sich dafür bitte an Isabelle Hindenberg (isabelle.hindenberg@baff-zentren.org oder 01575 8757826 oder 0160 9499 7396)

Über die BAfF

Die Bundesweite Arbeitsgemeinschaft der Psychosozialen Zentren für Flüchtlinge und Folteropfer e.V. (BAfF) ist der Dachverband der Psychosozialen Zentren, Einrichtungen und Initiativen, die sich die psychosoziale und therapeutische Versorgung von Geflüchteten in Deutschland zur Aufgabe gemacht haben. Seit 25 Jahren engagiert sich die BAfF für vollen Schutz und gleiche Rechte für Geflüchtete und Folteropfer. Weitere Informationen unter www.baff-zentren.org